

## **RESOLUTION**

### **des 12. Altenparlamentes Mecklenburg-Vorpommern**

#### **Solidarisch durch die Krise!**

#### **Größere soziale Ausgewogenheit bei Bewältigung von Auswirkungen der Krise**

Nach mehr als zwei Jahren Pandemie, einer Energiekrise und einer Inflationsrate von über 10 Prozent sind die Folgen für diejenigen am stärksten, die schon arm oder von Armut bedroht sind. Es leiden die, die bereits bisher gerade mit ihren monatlichen Einkünften ihr Leben bestreiten können.

Besonders prekär: Die Preise von Grundnahrungsmitteln stiegen innerhalb kurzer Zeit auf über 150 Prozent. Dies findet in der gegenwärtigen Diskussion der Auswirkungen der Krise wenig Beachtung.

Zum Internationalen Tag der älteren Menschen am 1. Oktober rief die Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen (BAGSO) die Politik dazu auf, einen besonderen Blick auf Rentnerinnen und Rentner zu werfen, die knapp über Transferleistungen wie Grundsicherung und Wohngeld liegen oder solche Leistungen bislang nicht in Anspruch nehmen, obwohl sie ihnen zustehen würden. Diese Menschen müssen in der aktuellen Situation gezielt unterstützt werden.

Die einmalige Energiepauschale für Rentner soll nun zum 15. Dezember 2022 für alle ausgezahlt werden, die zum Stichtag 1. Dezember 2022 Anspruch auf eine gesetzliche Alters-, Erwerbsminderungs- oder Hinterbliebenenrente oder auf Versorgungsbezüge nach dem Beamten- oder dem Soldatenversorgungsgesetz haben.

Ein Gaspreisdeckel soll ab März 2023 für 80 Prozent des Vorjahresverbrauchs in Kraft treten. Diejenigen, die bisher bereits bewusst sparsam leben oder durch ein geringes Einkommen einen niedrigen Verbrauch für ihre kleine Wohnung aufweisen, erhalten 80 Prozent gedeckelt genau wie der Verbraucher, der eine große Villa mit Fitnessraum, Sauna und Pool großzügig beheizt hat. Das ist äußerst unsozial!

Wir fordern die Landesregierung auf, durch ihren Einfluss auf die Bundesregierung mehr soziale Ausgewogenheit zu erreichen.

Um das Armutsrisiko zu vermindern, fordern wir ein Grundkontingent an Strom, Gas und Fernwärme zu bezahlbaren Preisen für Privathaushalte.

Das Pflegeheim wird zur Armutsfalle: Jeder dritte Bewohner muss Sozialhilfe beantragen. Während 2018 der Eigenanteil der Bewohner noch bei 1.159 Euro lag, betrug er zum 1. Juli 2022 bereits 1.828 Euro. Die Durchschnittsrente liegt aufgrund der niedrigen Löhne in Mecklenburg-Vorpommern bei lediglich 1.300 Euro. Rücklagen sind kaum vorhanden.

Auch die Energiegrundversorger werden ihre Preise erhöhen. Zum 1. Dezember wird der regionale Energieversorger Wemag den Verbrauchspreis pro Kilowattstunde nahezu verdoppeln. Ursache sind drastisch gestiegene Bezugskosten für Strom, da die Wemag von Mitbewerbern gekündigte Kunden als Grundversorger gesetzlich festgelegt aufnehmen muss. Die Zusatzkosten entstehen für die Nachbeschaffung von teurer Energie für die neuen Kunden, die auf alle Kunden umzulegen sind. Stammkunden werden für ihre Treue bestraft und dürfen für jene Kunden zahlen, die vorher zu billigeren Anbietern gewechselt sind. Hier bittet der Gesetzgeber für seine verfehlte Energiepolitik die Stammkunden der Grundversorger zur Kasse. Gerade viele ältere Kunden sind trotz höherer Preise bei ihrem regionalen Grundversorger geblieben und unterlagen nicht dem Wechselwahn und der Jagd nach den billigsten Anbietern.

Viele Ältere haben keine Ersparnisse, auf die sie zurückgreifen können. Sie müssen täglich entscheiden, wo sie noch etwas einsparen können. Auf der anderen Seite gibt es auch Profiteure der Krise. Große Energiekonzerne fahren dreifach oder vierfach gestiegene Gewinne ein. Die 36 reichsten Menschen in Deutschland besitzen so viel, wie die ärmere Hälfte der Bevölkerung. Die Zahl der Millionäre stieg in Deutschland im letzten Jahr um 6,4 Prozent auf 1,6 Millionen. Deshalb fordern wir, wie zahlreiche Sozialverbände, die Einführung einer Vermögensabgabe und einer Übergewinnsteuer sowie den Abbau unnützer Subventionen und Steuergeschenke für Reiche und Besserverdienende.

Pandemie und Inflation treffen nicht alle gleich. Die Entlastungen für unsere Gesellschaft müssen daher zielgerichtet sein, wirksam und nachhaltig. Statt wenig Hilfe für alle nach dem Gießkannenprinzip, ausreichend Hilfe für die, die sie dringend brauchen.

Die aktuelle Lage erfordert ein gemeinsames, entschlossenes Handeln. Wir appellieren an die Landesregierung, unsere Forderungen auf Bundesebene zu vertreten und in der Krise niemanden allein zu lassen. Gleichzeitig fordern wir die Schaffung eines Härtefallfonds für Menschen mit geringem Einkommen bzw. kleinen Renten zur Bewältigung der Krise.

**Die Präsidentin des 12. Altenparlamentes**